

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine der Waldinitiative Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Waldprüfsteine. Der Berliner Wald ist zugleich Naturraum, Lebensraum für zahlreiche Arten, Klimafaktor und Erholungsraum für Millionen Menschen. Diese unterschiedlichen Funktionen dauerhaft zu sichern, ist für uns ein wichtiges Anliegen.

Wir Freie Demokraten wollen die bemerkenswert große Artenvielfalt Berlins erhalten, hochwertige Naturflächen sichern, den Biotopverbund dauerhaft schützen und Berlin an die bereits spürbaren Folgen des Klimawandels anpassen. Dabei setzen wir auf wissenschaftliche Erkenntnisse, messbare ökologische Ziele und eine sorgfältige Abwägung unterschiedlicher Nutzungsinteressen. Pauschale Vorgaben unabhängig von Standort, Zustand und konkreter Wirkung halten wir dagegen nicht für den richtigen Weg.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Gerne beantworten wir Ihre folgenden Fragen.

1. Wie setzen Sie sich aktiv dafür ein, dass Berlin so schnell wie möglich Gelder aus dem Programm KlimaWildnis und dem Wildnisfonds des Bundes beantragt und damit mehrere hundert Mio. € zur freien Verfügung erhält? (Infoblatt dazu hier: <https://waldinitiative.berlin>)

Förderprogramme des Bundes, die Berlin bei der dauerhaften Sicherung ökologisch besonders wertvoller Flächen unterstützen können, sollten konsequent geprüft und genutzt werden. Das gilt insbesondere dann, wenn damit zusätzliche Mittel für Naturschutz und Biodiversität erschlossen werden können, ohne dass dem Land unverhältnismäßige Folgekosten entstehen oder andere wichtige öffentliche Interessen unangemessen eingeschränkt werden.

Bei der Bewertung der möglichen finanziellen Potenziale kommt es für uns darauf an, die konkreten Fördervoraussetzungen, die für Berlin geeigneten Flächen sowie mögliche langfristige Verpflichtungen sorgfältig in den Blick zu nehmen. Wir wollen deshalb prüfen, in welchem Umfang Berlin die genannten Bundesprogramme tatsächlich nutzen

kann und welche zusätzlichen Mittel sich dadurch für den Schutz und die Entwicklung ökologisch wertvoller Flächen erschließen lassen. Entscheidend ist für uns, vorhandene Fördermöglichkeiten konsequent zu nutzen, wenn sie einen nachhaltigen ökologischen Mehrwert für Berlin schaffen.

In unserem Wahlprogramm geben wir dafür eine klare Richtung vor: Wir wollen hochwertige Flächen für die Natur sichern, den Biotopverbund dauerhaft schützen und insbesondere ökologisch wertvolle Flächen erhalten. Förderinstrumente, die diesem Ziel nachweislich dienen, wollen wir nutzen.

2. Unterstützen Sie den Neuansatz der Berliner Forsten, auf Ernte im Berliner Stadtwald zu verzichten?

Wir betrachten den Berliner Wald nicht in erster Linie als Holzproduktionsfläche. Seine herausragenden Funktionen für Artenvielfalt, Stadtklima, Wasserhaushalt und Naherholung müssen bei allen Entscheidungen der Berliner Forsten maßgeblich berücksichtigt werden.

Ein pauschales und dauerhaftes Verbot jeder Holzentnahme unabhängig von Anlass, Standort und Waldzustand halten wir allerdings nicht für fachlich zwingend. Auch in einem überwiegend auf Natur-, Klima- und Erholungsfunktionen ausgerichteten Stadtwald können beispielsweise Maßnahmen zur Verkehrssicherung, zur Gefahrenabwehr oder aus fachlich begründeten Gründen erforderlich werden.

Unser Maßstab ist deshalb nicht die Maximierung des Holzertrags, sondern eine ökologisch verantwortungsvolle Waldbewirtschaftung mit möglichst geringen Eingriffen. Wo eine Holzentnahme keinen erkennbaren ökologischen oder sicherheitsbezogenen Zweck erfüllt, sehen wir keinen Grund, sie zum Selbstzweck zu machen.

3. Unterstützen Sie den walddpolitischen Ansatz, den Berliner Bürgerwald als Naturwald und als Ökosystem zu betrachten und nach dem Prinzip des Minimaleingriffs und des „Prozessschutzes“ zu handeln?

Wir teilen ausdrücklich den Ausgangspunkt, Wald als komplexes Ökosystem und nicht allein unter dem Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen Holzproduktion zu betrachten. Gerade der Berliner Wald besitzt einen außerordentlich hohen Wert für Biodiversität, Erholung, Wasserhaushalt und die Klimaresilienz unserer Stadt.

Das Prinzip möglichst geringer Eingriffe halten wir deshalb für einen wichtigen Leitgedanken. Prozessschutz kann auf geeigneten Flächen einen erheblichen Beitrag

zum Naturschutz leisten. Wir würden ihn allerdings nicht unabhängig von der jeweiligen Fläche zum alleinigen und ausnahmslosen Bewirtschaftungsprinzip des gesamten Berliner Waldes erklären.

Wälder unterscheiden sich hinsichtlich Standort, Artenzusammensetzung, Belastungen, Verkehrssicherungspflichten und Klimarisiken erheblich. Deshalb sprechen wir uns für wissenschaftlich begründete und standortbezogene Entscheidungen aus. So viel natürliche Entwicklung wie möglich und so viel Eingriff wie fachlich erforderlich ist aus unserer Sicht ein vernünftiger Maßstab.

4. In der „Waldvision 2065 der Berliner Forsten“ ist vorgesehen, den Berliner Bürgerwald regelmäßig zu befahren und umzubauen, um in künstlich heterogen zu halten. Wie stehen Sie zu der Forderung der Waldinitiative Berlin, den Berliner Wald nicht wie vorgesehen alle 40/80 Meter mit Maschinenfahrwegen zu durchziehen („Feinerschließung“) und nicht mit schweren Maschinen „umzubauen“?

Eine flächendeckende maschinelle Erschließung darf kein Selbstzweck sein. Befahrung kann Böden verdichten und damit Wasserhaushalt, Bodenleben und langfristig auch die Vitalität von Waldbeständen beeinträchtigen. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Trockenperioden muss Bodenschutz bei allen Maßnahmen der Berliner Forsten ein hohes Gewicht haben.

Wir unterstützen deshalb einen Ansatz, bei dem Eingriffe und Befahrung auf das fachlich notwendige Maß begrenzt und ihre ökologischen Folgen sorgfältig bewertet werden. Eine starre Feinerschließung allein deshalb vorzunehmen, weil sie einem standardisierten Bewirtschaftungsschema entspricht, überzeugt uns nicht.

Gleichzeitig wollen wir die fachliche Bewertung konkreter Maßnahmen nicht durch eine politische Pauschalvorgabe ersetzen. Entscheidend müssen der tatsächliche Zustand des jeweiligen Waldstücks, die Bodenverhältnisse und die nachgewiesene ökologische Wirkung einer Maßnahme sein. Wo schwere Technik nicht erforderlich ist oder bodenschonendere Alternativen zur Verfügung stehen, sollten diese Vorrang haben.

5. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass in den Berliner Forsten und den übergeordneten Stellen in der Senatsverwaltung an Leitungspositionen nicht nur erntekundlich ausgebildete Förster:innen, sondern auch Biolog:innen, Waldökolog:innen, Systemwissenschaftler:innen eingestellt werden?

Wir halten interdisziplinäre Kompetenz in der Bewirtschaftung eines urbanen Waldökosystems ausdrücklich für sinnvoll. Moderne Forstverwaltung betrifft längst

nicht nur klassische Forstwirtschaft. Biodiversität, Klimaanpassung, Hydrologie, Bodenökologie, Erholungsnutzung, Datenauswertung und langfristige Ökosystementwicklung spielen eine immer größere Rolle.

Entsprechend sollten Stellenprofile der Berliner Forsten und der zuständigen Verwaltung diese fachliche Breite berücksichtigen. Entscheidend bleibt für uns allerdings die Qualifikation für die jeweilige konkrete Aufgabe. Wir wollen weder einzelne akademische Disziplinen privilegieren noch andere pauschal ausschließen.

Gerade bei strategischen und wissenschaftlich geprägten Aufgaben halten wir multiprofessionelle Teams und einen offenen Wettbewerb um die fachlich besten Bewerber für sinnvoll. Personalauswahl sollte sich an Kompetenz und Aufgabenprofil orientieren, nicht an tradierten Berufsmonopolen.

6. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass kein Waldholz in der Holzverbrennung gelangt?

Der Berliner Wald hat für uns vor allem eine herausragende Bedeutung für Artenvielfalt, Stadtklima, Wasserhaushalt und Erholung. Unser Ziel ist es, hochwertige Naturflächen zu erhalten, die Artenvielfalt zu schützen und die Klimaresilienz Berlins zu stärken. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Nutzung von Holz aus den Berliner Wäldern diesen besonderen Funktionen des Stadtwaldes Rechnung tragen.

Eine pauschale Festlegung, dass Waldholz unter keinen Umständen energetisch genutzt werden darf, wollen wir daraus jedoch nicht ableiten. Entscheidend sind für uns der konkrete Anlass einer Holzentnahme, die Beschaffenheit des anfallenden Holzes sowie eine fachlich und ökologisch verantwortbare Verwendung. Die Bewirtschaftung des Berliner Waldes darf dabei nicht von dem Ziel bestimmt sein, möglichst große Mengen Holz für eine energetische Nutzung bereitzustellen.

7. Befürworten Sie Kurzumtriebsplantagen?

Kurzumtriebsplantagen können unter geeigneten Rahmenbedingungen einen Beitrag zur Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe leisten. Entscheidend sind für uns dabei der konkrete Standort, die ökologische Qualität der betroffenen Fläche, mögliche Nutzungskonkurrenzen und die Frage, welchem Zweck die erzeugte Biomasse dient.

Auf intensiv genutzten oder ökologisch wenig wertvollen Flächen können solche Kulturen unter bestimmten Voraussetzungen eine nachwachsende Rohstoffquelle

darstellen. Auf ökologisch hochwertigen Flächen, in Berliner Wäldern oder dort, wo sie wertvolle Biotope verdrängen würden, sehen wir dies dagegen kritisch.

Für uns gilt auch hier: Flächennutzung muss anhand ihrer tatsächlichen ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirkung bewertet werden und nicht anhand eines einzelnen politischen Etiketts.

8. Setzen Sie sich dafür ein, dass auch auf Holz ein CO₂-Preis erhoben wird?

Wir setzen in der Klimapolitik grundsätzlich auf eine umfassende CO₂-Bepreisung über den Emissionshandel und nicht auf immer neue produktspezifische Einzelabgaben. Ein funktionierender Emissionshandel setzt eine verbindliche Obergrenze für Emissionen und sorgt über den Preis dafür, dass CO₂ dort vermieden wird, wo dies am effizientesten möglich ist.

Eine isolierte Berliner Sonderabgabe auf Holz halten wir deshalb nicht für zielführend. Bei der Bilanzierung von Biomasse müssen tatsächliche Emissionen und die Bindung von Kohlenstoff wissenschaftlich korrekt berücksichtigt werden. Eine Regelung sollte technologieneutral, möglichst europäisch einheitlich und in das Gesamtsystem der CO₂-Bepreisung eingebettet sein.

Gerade bei Holz muss außerdem zwischen kurzfristiger Verbrennung und einer langlebigen stofflichen Verwendung unterschieden werden. Klimapolitik sollte reale Emissionswirkungen abbilden und keine pauschalen politischen Kategorien schaffen.

9. Setzen Sie sich dafür ein, dass der Berliner Wald in seiner vorhandenen Größe nicht reduziert wird?

Der Schutz des Berliner Waldes hat für uns einen hohen Stellenwert. In unserem Wahlprogramm verpflichten wir uns ausdrücklich dazu, ausreichend Grünflächen stadtweit abzusichern, den Biotopverbund dauerhaft zu schützen, die Artenvielfalt zu erhalten und hochwertige Naturflächen in ihrer ökologischen Qualität zu bewahren.

Wir wollen deshalb grundsätzlich vermeiden, Berliner Waldflächen zu reduzieren. Gleichzeitig halten wir es nicht für seriös, für jeden denkbaren Einzelfall bereits heute jede Abwägung auszuschließen. In einer wachsenden Metropole können unterschiedliche öffentliche Interessen miteinander kollidieren.

Der entscheidende Maßstab muss sein, Eingriffe in ökologisch wertvolle Flächen möglichst zu vermeiden, Alternativen ernsthaft zu prüfen und unvermeidbare Eingriffe

nach den gesetzlichen Vorgaben fachgerecht auszugleichen. Besonders wertvolle und für den Biotopverbund entscheidende Flächen verdienen dabei einen entsprechend hohen Schutz.

10. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass kein Wald für Straßen fällt - in Berlin für die TVO?

Bei der TVO kommen wir in der konkreten Abwägung zu einem anderen Ergebnis als die in der Frage zum Ausdruck kommende Forderung. Die FDP Berlin setzt sich seit Jahren für die Realisierung der Tangentialverbindung Ost ein. Wir halten die TVO für ein wichtiges Infrastrukturprojekt für den Berliner Osten und wollen ihre weitere Verzögerung beenden.

Gerade bei einem solchen Projekt müssen Eingriffe in Natur und Landschaft selbstverständlich minimiert, Varianten sorgfältig geprüft und gesetzlich erforderliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen konsequent umgesetzt werden. Naturschutz verlangt aus unserer Sicht aber keine grundsätzliche Ablehnung jeder Verkehrsinfrastruktur, sobald eine Waldfläche berührt wird.

Zur ökologischen Gesamtbetrachtung gehört außerdem die bestehende Belastung von Wohngebieten und vorhandenen Straßen. Infrastruktur kann Verkehrsströme bündeln, Anwohner entlasten und bestehende Belastungen reduzieren. Deshalb lehnen wir ein absolutes Prinzip „kein Wald für Straßen“ ab und setzen stattdessen auf eine transparente Abwägung und eine möglichst naturverträgliche Umsetzung der TVO.

11. Wie stehen Sie zu Windrädern und Geothermieranlagen im Berliner Wald?

Bei Windenergieanlagen besteht eine klare Beschlusslage der FDP Berlin: Wir wollen verhindern, dass Windräder in Berliner Wäldern sowie Landschafts- und Naturschutzgebieten errichtet werden. Gerade in einer dicht bebauten Großstadt haben diese Flächen für Natur, Stadtklima und Erholung einen besonders hohen Wert. Deshalb wollen wir den Ausbau der Windenergie gemeinsam mit Brandenburg so organisieren, dass Berliner Waldflächen dafür nicht in Anspruch genommen werden.

Geothermie bewerten wir grundsätzlich anders. Ihr massiver Ausbau ist ausdrücklich Bestandteil unseres Wahlprogramms, weil sie einen wichtigen Beitrag zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung leisten kann. Daraus folgt allerdings kein Freibrief für Anlagenstandorte im Wald.

Auch geothermische Anlagen müssen Standort, Flächenverbrauch, Eingriffe in Natur und Wasserhaushalt sowie alternative Standorte berücksichtigen. Wo Geothermie ohne erhebliche Beeinträchtigung wertvoller Waldflächen erschlossen werden kann, wollen wir sie ermöglichen. Einen besonderen Vorrang für Standorte im Berliner Wald gibt es aus unserer Sicht nicht.

12. Wie stehen Sie zum Rückbau der alten breiten Maschinenfahrwege (Ernterückegassen) im Berliner Wald, um damit Kühlung, Wasser und Feuchtigkeit besser im Wald zu halten?

Wir wollen die Klimaresilienz Berlins stärken und messen dem Wassermanagement dabei ausdrücklich eine hohe Bedeutung bei. Maßnahmen, die nachweislich dazu beitragen, Wasser besser in der Fläche zu halten und die Widerstandsfähigkeit des Berliner Waldes gegenüber Trockenperioden zu erhöhen, sollten deshalb fachlich geprüft werden.

Auch den Rückbau nicht mehr benötigter Ernterückegassen würden wir unter diesem Gesichtspunkt prüfen. Entscheidend ist für uns, ob eine solche Maßnahme im jeweiligen Waldgebiet tatsächlich einen ökologischen Nutzen für Wasserhaushalt, Boden und Waldentwicklung erwarten lässt. Die konkrete Entscheidung sollte sich an belastbaren fachlichen Erkenntnissen und den örtlichen Gegebenheiten orientieren.

13. Wie stehen Sie zu einer nachhaltigen Lieferkette für die in Berliner Wäldern gefällten Bäume?

Wir halten es für sinnvoll, dass bei Holz aus den Berliner Wäldern nachvollziehbar ist, welche Mengen entnommen und wie sie anschließend verwendet oder vermarktet werden. Gerade bei einem öffentlich bewirtschafteten Wald sollte diese Transparenz möglichst einfach und digital hergestellt werden.

Daraus sollte aus unserer Sicht jedoch kein zusätzliches Lieferkettenregime mit neuen Nachweis-, Dokumentations- und Berichtspflichten entstehen. Wir Freie Demokraten setzen uns ausdrücklich dafür ein, Bürokratie abzubauen und bestehende Daten möglichst einmalig zu erfassen und digital nutzbar zu machen. Wo Informationen über Herkunft, Menge und Verwendung des Holzes bereits bei den Berliner Forsten vorhanden sind, sollten sie deshalb über bestehende digitale Systeme transparent gemacht werden, statt neue parallele Berichtspflichten zu schaffen.

Entscheidend ist für uns damit eine nachvollziehbare und verantwortungsvolle Verwendung des Holzes aus Berliner Wäldern – mit möglichst viel Transparenz und möglichst wenig zusätzlicher Bürokratie.

14. Wie setzen Sie sich für ein satellitengestütztes Monitoring der Waldentwicklung und des Bodenzustandes in den Berliner Wäldern und der öffentlichen Zugänglichkeit der erhobenen Daten ein?

Diese Zielrichtung entspricht sehr weitgehend unserem Ansatz. Wir fordern ein regelmäßiges Monitoring von Klimaveränderungen und zugleich eine konsequent datenbasierte Verwaltung. Öffentlich finanzierte Daten sollen grundsätzlich als Open Data in maschinenlesbarer Form verfügbar sein, soweit Datenschutz, Sicherheitsbelange oder berechtigte Geheimhaltungsinteressen nicht entgegenstehen.

Satellitendaten, Fernerkundung, Sensorik und bodengestützte Messsysteme können dabei sinnvoll miteinander kombiniert werden. Für die Wälder ließen sich damit beispielsweise Veränderungen von Vegetation, Kronenzustand, Trockenstress, Bodenfeuchte oder größeren Schadereignissen wesentlich systematischer beobachten.

Wir würden deshalb die Entwicklung eines digitalen Waldmonitorings begrüßen. Wichtig ist dabei, nicht lediglich Daten zu sammeln. Es braucht ein fachlich belastbares Indikatorensystem, langfristig vergleichbare Messreihen sowie offene Schnittstellen. Die erhobenen, mit öffentlichen Mitteln finanzierten und nicht schutzbedürftigen Daten sollten Forschung, Verbänden, Unternehmen und interessierten Bürgern kostenfrei zur Verfügung stehen.

15. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass die Berliner Forsten wie der Lübecker Stadtwald ein „gläserner Betrieb“ werden, der den Bürger:innen, die mit ihrem Steuergeld den Bürgerwald finanzieren, auf Fragen präzise und kostenlos Antworten geben muss?

Transparenz öffentlicher Einrichtungen entspricht unserem liberalen Verständnis eines modernen Staates. In unserem Wahlprogramm bekennen wir uns ausdrücklich zu Open Data und einem Transparenzgesetz. Öffentliche Stellen sollen Daten nicht als Verwaltungsbesitz behandeln, sondern sie grundsätzlich zugänglich und nutzbar machen, sofern keine gewichtigen rechtlichen Gründe dagegensprechen.

Für die Berliner Forsten bedeutet das aus unserer Sicht, wesentliche Informationen zu Waldzustand, Bewirtschaftung, Eingriffen, Holzentnahmen, ökologischen Kennzahlen

und langfristigen Planungen proaktiv und digital zu veröffentlichen. Ein erheblicher Teil individueller Informationsanfragen würde sich damit bereits erübrigen.

Den Begriff des „gläsernen Betriebs“ verstehen wir allerdings nicht als Aufhebung sämtlicher rechtlicher Grenzen. Personenbezogene Daten, Betriebs- oder Sicherheitsbelange können auch bei öffentlichen Einrichtungen schutzwürdig sein. Innerhalb dieser Grenzen wollen wir jedoch eine deutlich weitergehende Transparenz und einen einfachen digitalen Zugang zu vorhandenen Informationen.

16. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass bei Anfragen von Bürger:innen für die Antworten (z.B. in Form von bereits vorhandenen Excel-Tabellen) nicht weiterhin Gebühren in Höhe von mehreren hundert Euro erhoben bzw. angedroht werden? Setzen Sie sich dafür ein, dass Antworten des SeMVKU und der Berliner Forsten auf Anfragen von Bürger:innen grundsätzlich kostenlos sind?

Vorhandene öffentliche Daten sollten nach unserer Vorstellung grundsätzlich proaktiv, digital, maschinenlesbar und kostenfrei bereitgestellt werden. In unserem Wahlprogramm formulieren wir ausdrücklich, dass der aus Steuermitteln finanzierte Datenschatz der Berliner Verwaltung über offene Schnittstellen und nicht-proprietäre Dateiformate zur öffentlichen, kostenfreien Nutzung bereitgestellt werden soll, soweit keine Schutzrechte entgegenstehen.

Wenn eine Behörde eine bereits vorhandene Tabelle oder einen bestehenden Datensatz lediglich elektronisch übermitteln muss, halten wir Gebühren von mehreren hundert Euro daher grundsätzlich für schwer vermittelbar. Ein moderner Staat sollte solche Informationen möglichst automatisiert bereitstellen, statt durch Gebühren Zugangshürden aufzubauen.

Zwischen der Herausgabe bereits vorhandener Informationen und einer individuell beauftragten, erheblichen Verwaltungs- oder Auswertungsleistung muss allerdings unterschieden werden. Bei außergewöhnlich aufwendigen Sonderauswertungen kann eine Kostenregelung sachgerecht sein. Unser Ziel ist aber gerade, durch Open Data und proaktive Veröffentlichung dafür zu sorgen, dass solche Einzelfallanfragen möglichst selten erforderlich werden.

Wir danken Ihnen für die ausführlichen Fragen und für Ihr langjähriges Engagement für den Berliner Wald. Viele der von Ihnen angesprochenen Themen berühren zentrale Anliegen, die auch für uns von großer Bedeutung sind: der Erhalt der Artenvielfalt, widerstandsfähige Wälder, ein verantwortungsvoller Umgang mit Wasser und Böden,

eine wissenschaftlich fundierte Waldentwicklung sowie mehr Transparenz und öffentlich zugängliche Umweltdaten.

Gerade angesichts des Klimawandels wollen wir den Berliner Wald in seiner ökologischen Qualität stärken und seine besondere Bedeutung für Natur, Erholung und Stadtklima langfristig sichern. Dabei setzen wir auf belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse, moderne Datengrundlagen und Lösungen, die ökologische Verantwortung mit einer vorausschauenden Entwicklung unserer Stadt verbinden.

Vielen Dank für Ihre Anfrage und die Möglichkeit, unsere Positionen darzustellen. Wir freuen uns, den Austausch über die Zukunft des Berliner Waldes auch persönlich weiterzuführen. Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin